

Der deutsche Patient



IW-Verbandsumfrage. Die Mehrheit der deutschen Wirtschaftsverbände blickt pessimistisch auf das Jahr 2025 – in vielen Branchen dürften die Unternehmen einen geringeren Umsatz erzielen und weniger investieren als im abgelaufenen Jahr. Dies führt inzwischen häufig auch zu einem Personalabbau. Vor diesem Hintergrund spricht sich IW-Direktor Michael Hüther im iwd-Interview unter anderem für massive staatliche Investitionen in die Infrastruktur aus. Insgesamt brauche es eine Politik, die auf Wachstum setzt, um die drängenden Probleme in Deutschland bewältigen zu können. —> [Seiten 2-6](#)

Digitalisierung

Staat und Wirtschaft sind in Deutschland im internationalen Vergleich nicht besonders digital. Best-Practice-Beispiele aus dem Ausland zeigen, wie es besser ginge.

—> [Seiten 15-17](#)

Steuern und Abgaben

Viele Steuerpflichtige werden in diesem Jahr unterm Strich höher belastet als 2024. Die künftige Bundesregierung sollte mit einem Klimageld gegensteuern.

—> [Seiten 18-19](#)

Kaum Besserung

IW-Verbandsumfrage. Die Krise der deutschen Wirtschaft hält an. Nach wie vor überwiegt die Zahl jener Wirtschaftsverbände, die pessimistisch nach vorn blicken – ein echter Aufschwung ist vorerst außer Sichtweite. Die Beschäftigungssituation wird sich zudem in vielen Branchen voraussichtlich verschlechtern.

Schlimmer geht nimmer? Leider doch: Nachdem die IW-Verbandsumfrage bereits Ende 2023 ein trübes Stimmungsbild der deutschen Wirtschaft zeichnete, sieht es zum Jahreswechsel 2024/2025 noch düsterer aus (Grafik):

Von den 49 befragten Wirtschaftsverbänden sagen 31, die Lage in ihren Unternehmen sei schlechter als vor einem Jahr.

Ereignisse wie die erneute Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das Ende der Ampelkoalition hierzulande haben die Verunsicherung in der deutschen Wirtschaft nochmals vergrößert. Vorerst spricht wenig dafür, dass sich die Konjunktur 2025 merklich erholt (siehe iwd 26/2024). Dazu passen die Erwartungen der Verbände:

Zwar gehen 16 Branchen für das Jahr 2025 von einer höheren Produktion beziehungsweise besseren Geschäften aus als im abgelaufenen Jahr – 20 Branchen rechnen allerdings mit einem Rückgang.

Die Industrieverbände aus den Branchen Gießereien, Stahl- und Metallverarbeitung, Kunststoffverarbeitung sowie der Druckindustrie erwarten sogar deutlich niedrigere Produktionszahlen als 2024. Einen Anstieg erhoffen sich unter anderem die Automobil- und die Elektroindustrie – wobei dies vor dem Hinter-

grund der zum Teil heftigen Einbußen in den zurückliegenden Jahren zu relativieren ist. Wesentliche Zuwächse haben nur die Unternehmen der Pharmaindustrie und der Versicherungswirtschaft auf dem Zettel.

Angesichts der unterm Strich wenig rosigen Geschäftsaussichten werden viele Unternehmen im neuen Jahr weniger investieren:

Insgesamt 20 Verbände erwarten einen Investitionsrückgang – dies gilt nicht zuletzt für viele energieintensive Sparten des Verarbeitenden Gewerbes.

All dies schlägt sich 2025 voraussichtlich spürbar auf dem Arbeitsmarkt nieder. Jedenfalls rechnen 25 der vom IW befragten Verbände damit, dass ihre Mitgliedsunternehmen Personal abbauen werden – darunter die baunahen Branchen, aber auch Industriezweige wie der Maschinenbau sowie die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Lediglich sieben Verbände sind zuversichtlich, dass die Beschäftigung in ihren Firmen wachsen wird. Hierzu zählen unter anderem die Pharmabranche, Speditionen sowie die Energie-, Wasser- und Entsorgungswirtschaft.

IW-Report 50/2024

Michael Grömling: Unterm Strich Null – Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage für 2025

IW-Verbandsumfrage für 2025

Ergebnisse der Befragung von 49 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Landwirtschaft
29. Bauindustrie
30. Baugewerbe
31. Handwerk
32. Entsorgungswirtschaft
33. Groß- und Außenhandel
34. Einzelhandel
35. Speditionen
36. Banken
37. Sparkassen
38. Volksbanken
39. Investment
40. Leasing
41. Versicherungswirtschaft
42. Gastgewerbe
43. Zeitschriftenverlage
44. Tourismus
45. Informationswirtschaft
46. Messewirtschaft
47. Werbewirtschaft
48. Immobilien
49. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine **Stimmungslage** in den Unternehmen Ihres Wirtschaftszweigs gegenüber dem Jahreswechsel 2023/2024?

2. Welches **Produktionsergebnis** (gegebenenfalls preisbereinigtes Umsatz- beziehungsweise Geschäftsergebnis) erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2025 im Vergleich zu 2024?

3. Wie werden sich die **Investitionen** 2025 im Vergleich zu 2024 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

4. Wie wird sich die Zahl der **Beschäftigten** 2025 im Vergleich zu 2024 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

	besser	genauso	schlechter	wesentl. höher	etwas höher	gleichbleibend	etwas niedriger	wesentl. niedriger	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden
			-				-				-			-
		○	-		+		-		+	○	-	+	○	-
			-			○					-			-
			-		+						-			-
		○	-			○		--		○	-			-
		○	-			○			+	○	-	+		-
		○	-	++							-			-
			-		+			--		○	-			-
			-				-			○	-			-
			-		+					○	-	+		-
		○	-		+					○	-		○	-
		○	-		+					○	-		○	-
			-			○				○	-		○	-
			-				-				-			-
		○	-				-	--			-			-
			-		+					○	-		○	-
			-				-				-			-
			-				-	--		○	-			-
			-		+					○	-		○	-
		○	-				-				-			-
			-		+					○	-		○	-
			-			○					-			-
	+	○	-		+		-		+	○	-	+	○	-
			-			○				○	-		○	-
		○	-		+				+		-	+	○	-
		○	-			○			+		-		○	-
			-			○	-			○	-		○	-
		○	-		+					k. A.	-	+		-
	+		-	++		○			+	○	-		○	-
			-			○					-		○	-
			-		+		-		+	○	-	+		-
	+		-		+				+		-		○	-
	+		-			○				k. A.	-		k. A.	-
		○	-			○				○	-		○	-
4	14	31		2	14	13	16	4	9	18	20	7	16	25

Interview. Im Februar wird Deutschland einen neuen Bundestag wählen. Über die Themen, die danach besonders drängen, und über die Ergebnisse der jüngsten IW-Verbandsumfrage sprach der iwd mit **Michael Hüther**, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft.

„Alle Parteien laufen einfach um den Gorilla im Wohnzimmer herum“

Ende 2024 haben 31 der 49 Verbände, die an der jüngsten IW-Verbandsumfrage teilgenommen haben, gesagt, die Lage in ihrem Wirtschaftsbereich sei schlechter als vor einem Jahr. Ist die vorgezogene Bundestagswahl vorteilhaft oder eher nachteilig, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland zu lösen?

Eine Bundestagswahl heißt erst mal Stillstand. Insofern ist es gut, dass zuletzt noch Entscheidungen getroffen wurden – beispielsweise mit Blick auf den Abbau der kalten Progression.

Aber natürlich wird es dauern, bis wir eine neue Bundesregierung haben, die dann der Wirtschaft neue Impulse geben kann. Aktuell sehen wir in den Daten kein Wachstum – im Gegenteil. Da sehen wir, dass sich die Stagnation im dritten Jahr in Folge fortsetzt: Wir kommen einfach nicht von der Stelle und haben eine massive Investitionsschwäche.

Sie waren mit der Regierung Scholz im Austausch. War der Dialog zu Anfang der Legislatur-

periode ein anderer als in den vergangenen Monaten?

Bei einer Klausurtagung im Mai 2022 hatten wir weit über zwei Stunden eine offene Diskussion. Das war sehr gut, durch die Sache getrieben – anders als unter Merkel, wo das nicht gewünscht war.

Aber die Regierung selbst hat schon im Sommer 2023 den Faden verloren, als sie sich beim Heizungsgesetz verhakt hat. Statt den Entwurf als Grundlage zu nehmen und daraus gemeinsam etwas zu entwickeln, hat jede Partei ihr Süppchen gekocht.

Hinzu kam das Urteil des Verfassungsgerichts Ende 2023, das den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt hat. Darauf hat man keine Antwort in einem neuen Koalitionsvertrag gefunden, sondern versucht, einfach weiterzumachen.

So viele Wähler wie nie sind mit den etablierten Parteien unzufrieden, von denen wiederum will keine mit der AfD koalieren. Welche Optionen gibt es, die nach der Bundestagswahl kein politisches „Weiter so“ bedeuten?

Die Frage ist ja, was sich in den Wahlprogrammen an Erbaulichem findet. Denn eine Schnittmenge daraus wird am Ende im Koalitionsvertrag stehen. Und ich habe leider nicht den Eindruck, dass die Parteien bei den drei großen Themen, die im Raum stehen, die Ernsthaftigkeit der Lage verstanden haben.

Wir haben erstens die Veränderung der geopolitischen Lage und den Importdruck aus China im Außenhandel – auch, weil China nicht mehr so viel in die USA exportieren kann und massive Überkapazitäten hat. Das muss durch Wettbewerbsfähigkeit unsererseits beantwortet werden. Dafür gilt es, Deutschland und Europa zusammenzudenken. Da geht es also um die europäische Positionierung – und die deutsche Innovationskraft.

Das zweite Thema ist der demografische Wandel. Den erleben wir aktuell – 60 Jahre nach dem Pillenknick – so stark wie nie. Es fehlen Menschen im erwerbsfähigen Alter, es fehlt Wertschöpfung und es fehlen Steuereinnahmen. Die Antworten darauf sind nicht nur kommod.



Foto: IW

Natürlich ist Zuwanderung wichtig. Die gesteuerte, tatsächliche Zuwanderung ist nah an den Zielen des Landes, aber wir haben eben nicht nur diese Form der Zuwanderung, sondern auch die Fluchtmigration. Wir müssen die Integration von Geflüchteten massiv verbessern.

Ein zentraler Faktor ist aber auch die Arbeitszeit – ein Vollzeitbeschäftigter arbeitet hierzulande pro Jahr im Schnitt 249 Stunden weniger als einer in der Schweiz. Ein weiterer Aspekt ist die Produktivität, da tun wir uns schwer mit Rationalisierung, Automatisierung und digitalen Geschäftsmodellen.

Das dritte Thema ist die Transformation hin zur Klimaneutralität. Alle demokratischen Parteien sehen das als wichtig an, aber keine gibt schlüssige Antworten – gerade mit Blick auf eine Industriepolitik, die die Steuerung über den CO₂-Preis begleitet.

Bei allen drei Themen fehlen überzeugende Ideen, am schlimmsten ist es beim Thema Demografie. Da laufen alle Parteien einfach um den Gorilla im Wohnzimmer herum.

Sie fordern immer wieder massive Investitionen des Staates – trotz Schuldenbremse. Wie soll sich Deutschland das leisten?

Zuerst muss man immer wieder erklären, warum das so wichtig ist: Investitionen in die Infrastruktur sind zentrale Vorleistungen des Staates für private Investitionen. Und diese privaten Investitionen kommen einfach nicht von der Stelle im Moment. Ein Grund dafür ist die überbordende Bürokratie zusammen mit der Steuer- und Abgabenbelastung der Firmen und Bürger.

Ein zweiter ist aber eben die Infrastruktur: Die Sanierung der Brücken, der Eisenbahn, des Energienetzes – all das ist alternativlos. Es spielt auch keine Rolle, wie wir in diese Lage gekommen sind. Die Frage ist jetzt, wie wir diese Investitionen organisieren.

Mein Plädoyer lautet: Die Schuldenbremse im normalen Haushalt belassen und daneben einen Infrastrukturhaushalt als Sonderhaushalt setzen, der es über zehn Jahre ermöglicht, die nötigen Investitionen über Kredite zu finanzieren. Denn im

eigentlichen Haushalt werden wir ja ohnehin die Kosten der Demografie und höhere Verteidigungsausgaben zu finanzieren haben. Der Konsolidierungsdruck bleibt hoch.

Nur neun der vom IW befragten Verbände rechnen mit höheren Investitionen der Firmen in Deutschland, 20 mit niedrigeren. Werden die staatlichen Investitionen daran etwas ändern können oder ist die De-Industrialisierung nicht mehr abzuwenden?

Im Trend schrumpft die Industrieproduktion seit Anfang 2018. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist zwar stabil, aber früher ist sie gestiegen – die Luft ist also ein Stück weit raus.

Und wir erkennen, dass sich in der Industrie Probleme breitmachen. Dies ist in besonderem Maße in der Automobilindustrie, bei den Zulieferern und im energieintensiven Sektor der Fall. Wir brauchen deshalb eine Politik, die nicht nur steuerliche Anreize setzt – beispielsweise durch Super-Abschreibungen oder Investi-

tionsprämien –, sondern auch den Willen hat, die Netzentgelte zu deckeln oder in den Bundeshaushalt zu übernehmen. Dieser richtige Gedanke findet sich zum Glück in nahezu allen Wahlprogrammen.

Laut IW-Verbandsumfrage haben sich die Beschäftigungsperspektiven weiter verschlechtert. Ist das mit Blick auf den Fachkräftemangel nicht eine gute Nachricht, weil es ohnehin zu wenige Bewerber gibt?

Wenn wir Beschäftigung abbauen und eigentlich wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verlieren, dann ist das nicht gut. Wir werden sehen, dass es am Arbeitsmarkt mühsamer wird, denn die Firmen horten keine Beschäftigten mehr – wenn ihr Geschäftsmodell insgesamt infrage steht.

Aber es stimmt schon: Wir werden gut qualifizierte Fachkräfte an anderer Stelle in der Wirtschaft unterbringen können. Das wird den Fachkräftemangel dämpfen.

Nur: Wir müssen auf Wachstum setzen, wenn wir unsere Probleme der Alterung und der Transformation bewältigen wollen.

Nicht nur die Ampelkoalition, sondern auch die erste EU-Kommission unter Ursula von der Leyen hatten die Energiewende ganz weit oben auf die politische Agenda gepackt. Wie bewerten Sie das im Rückblick?

Ein Rückblick dreht sich immer nur um verschüttete Milch. Natürlich sage ich auch jetzt, dass man die letzten Atomkraftwerke hätte weiterlaufen lassen sollen. Perspektivisch spielt Atomenergie aber keine Rolle mehr, da diese über Grundlastkraftwerke bereitgestellt wird, wir aber flexible Residualkraftwerke benötigen.

Wir müssen jetzt nach vorne schauen. Wir wollen ja nicht zurück in die Ära der Kohle. Stattdessen

müssen wir den Pfad der Transformation verlässlich organisieren. Und da ist den vorherigen Bundesregierungen vorzuwerfen, dass sie den Netzausbau für die neuen Energien vernachlässigt haben.

Wird es – mit Blick auf die zweite Präsidentschaft Donald Trumps und seine zu erwartende Energiepolitik – schwieriger, die Energiewende trotz Zumutungen für die Bevölkerung und die Firmen in Deutschland durchzusetzen?

„Wir müssen auf Wachstum setzen, wenn wir die Probleme der Alterung und der Transformation bewältigen wollen.“

Die Mehrheit für die Transformation und die Energiewende ist in Deutschland zum Glück robust, die meisten Bundesbürger sind also anderer Meinung als Trump. Aber sie wollen, dass die Energiewende ordentlich organisiert wird.

Wir müssen allerdings ehrlich sein: Das Ganze kostet. Das Heizungsgesetz war ein erstes Signal dafür, dass der Umbau zur Klimaneutralität für alle Haushalte mit finanziellen Herausforderungen verbunden ist.

Sie sind regelmäßig Gastdozent an der Stanford University und Mitglied der Atlantikbrücke.

Welchen Ratschlag haben Sie für die deutsche Außen- sowie Wirtschaftspolitik unter Donald Trump?

Wir müssen erst mal sehen, was wirklich auf uns zukommt. Schon seit einem Jahrzehnt gibt es die Tendenz zur Deglobalisierung durch höhere Zölle und protektionistische Eingriffe, das wird sich fortsetzen. Klar ist: Wir werden die Amerikaner nicht mit moralischen Vorhaltungen zu anderen Entscheidungen bringen.

Wir müssen stattdessen unsere Interessen klar artikulieren und die Interessen der Amerikaner zur Kenntnis nehmen. Der Unterschied zwischen Trump und den vorherigen US-Präsidenten wird ehrlicherweise wohl eher der Ton aus Amerika sein als der Inhalt, denn schon Obama hat die Welthandelsorganisation unterminiert und Biden hat keine Zölle Trumps zurückgenommen.

Das heißt für uns: Wir müssen alles mit und in Europa tun. Die territoriale Integrität muss gestärkt werden mit einem 300-Milliarden-Euro-Sondervermögen – statt der jetzigen 100 Milliarden Euro – für die Bundeswehr. Und wir müssen eine kluge Außenhandelspolitik betreiben. Das Mercosur-Abkommen ist da ein erster Lichtblick.

Bei all den schlechten Nachrichten vom und für den Standort Deutschland: Was läuft gut und wo geht es deutlich voran?

Wir haben es beispielsweise geschafft, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 2,5 auf 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts massiv zu erhöhen. Wir haben generell eine gute Forschungsinfrastruktur, ein sehr gutes duales Berufsausbildungssystem und wir haben die industriellen Cluster mit Industriefirmen und zugehörigen Dienstleistern. Wenn wir all dem wieder einen klaren Rahmen geben, dann bin ich nicht pessimistisch.

Der MINT-Faktor

Löhne. Vollzeitbeschäftigte Ausländer verdienen in Deutschland im Mittel zwar etwas weniger als Bundesbürger. Gleichwohl landen Beschäftigte mit indischer Staatsangehörigkeit ganz vorn im hiesigen Lohn-Ranking. Das liegt vor allem daran, dass überdurchschnittlich viele von ihnen in akademischen MINT-Berufen tätig sind.

Weil die deutsche Bevölkerung zunehmend altert und Unternehmen jene Fachkräfte, die in Rente gehen, oft nur schwer ersetzen können, sind qualifizierte Zuwanderer für die deutsche Wirtschaft äußerst wichtig. Bereits seit 2012 wirbt die Bundesregierung um gut ausgebildete Kräfte aus dem Ausland, vor allem aus außereuropäischen Ländern mit vielen jungen Menschen.

Sei es der Einfluss dieser staatlichen Bemühungen, seien es andere Gründe – Fakt ist, dass Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine immer größere Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt spielen:

Während die Zahl der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Ende 2012 bis Ende 2023 um gut 8 Prozent stieg, betrug das Plus bei ausländischen Personen mehr als 141 Prozent.

In den für die Innovationskraft der hiesigen Wirtschaft bedeutsamen akademischen Berufen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) legte die Zahl der ausländischen Beschäftigten sogar um fast 216 Prozent zu. Hier stechen nochmals MINT-Experten aus Indien heraus – ihre Zahl hat sich im genannten Zeitraum mehr als verachtfacht und lag Ende 2023 bei 31.552. Von den 25- bis 44-jährigen

Ausländische Beschäftigte: Inder an der Gehaltsspitze

Bruttomonatslohn von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Deutschland nach Staatsangehörigkeit Ende 2023 in Euro

	Insgesamt	25- bis 44-Jährige	25- bis 44-Jährige in akademischen MINT-Berufen
Indien	5.359	5.430	5.948
USA	5.095	5.163	6.376
Österreich	5.083	5.007	6.678
Irland/Vereinigtes Königreich	5.010	4.969	6.386
Nordeuropa	4.946	4.600	5.827
China	4.728	4.853	5.328
Schweiz/Liechtenstein	4.589	4.433	k. A.
Brasilien	4.565	4.822	6.371
Benelux	4.466	4.382	5.995
Frankreich/Monaco	4.407	4.722	6.486
Zum Vergleich: Deutsche Staatsbürger	3.945	3.959	5.734
Alle Ausländer	3.034	3.143	5.608

Bruttomonatsgehalt: Medianentgelt – die eine Hälfte der Beschäftigtengruppe verdient weniger, die andere mehr
 MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
 Auswahl: Länder und Ländergruppen, von deren Staatsangehörigen mindestens 8.000 in Deutschland beschäftigt sind
 Nordeuropa: Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden
 Benelux: Belgien, Niederlande, Luxemburg
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

Indern, die zu diesem Zeitpunkt hierzulande einen Vollzeitjob hatten, übten knapp 33 Prozent einen akademischen MINT-Beruf aus.

Der starke Fokus der indischen Beschäftigten auf die oft überdurchschnittlich gut bezahlten MINT-Berufe schlägt sich deutlich in den Verdiensten nieder (Grafik):

Indische Beschäftigte in Vollzeit verdienten Ende 2023 im Mittel 5.359 Euro brutto je Monat – das war der höchste Wert aller Be-

schäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Demgegenüber kamen Vollzeitbeschäftigte aus Bulgarien und Rumänien zuletzt nur auf einen Medianlohn von 2.520 beziehungsweise 2.611 Euro. Der Grund: Viele dieser Arbeitnehmer üben gering entlohnte Helfertätigkeiten aus.

IW-Kurzbericht 97/2024

Axel Plünnecke: Qualifizierte Zuwanderung – Indische Beschäftigte verdienen am meisten

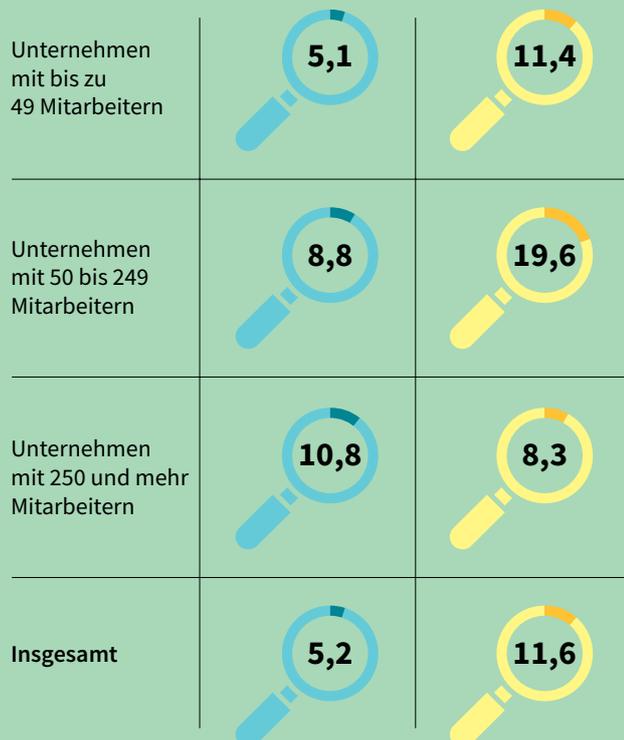
Benefit Bude

Immobilien. Nachdem viele Unternehmen ihre Mitarbeiterwohnungen Ende des 20. Jahrhunderts verkauft haben, erlebt die betriebliche Unterstützung bei der Wohnungssuche eine Renaissance. Dabei hat sich das Engagement der Unternehmen im Vergleich zum traditionellen Werkwohnungsbaus stark gewandelt.

Mitarbeiterwohnen: Mittelständische Betriebe am eifrigsten

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland unterstützen ihre Mitarbeiter ... bei der Wohnungssuche

- ... direkt (z. B. Vermietung eigener Bestände, Anmietung fremder Bestände, Ankauf von Belegungsrechten)
- ... indirekt (z. B. Tauschbörsen, Beauftragung von Maklern, finanzielle Unterstützung)



Befragung von 567 Unternehmen im zweiten Quartal 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Als Vorreiter des Werkwohnungsbaus gilt die Textilindustrie in England, wo Ende des 18. Jahrhunderts erste Unterkünfte für Arbeitskräfte und deren Familien gebaut wurden. Wenige Jahrzehnte später ließ auch der deutsche Industrielle Alfred Krupp in den frühen 1860er Jahren in Essen Wohnungen und Häuser für seine „Kruppianer“ errichten. Nach zehn Jahren waren bereits rund 2.400 Wohnungen für die Stahlarbeiter fertiggestellt.

Die Familie Krupp betrieb den Werkwohnungsbaus noch lange weiter, sodass man heute auf insgesamt drei Siedlungsgenerationen zurückschauen kann. Außerdem wurde äußerst vielfältig gebaut: So gab es nicht nur Arbeiterunterkünfte, sondern auch Meisterhäuser für leitende Angestellte. Neben klassischen Einfamilienhäusern entstanden zudem Wohnhäuser mit mehreren abgeschlossenen Wohneinheiten sowie Mehrfamilienhäuser. Und während des Ersten Weltkriegs war ein Teil der vielen zusätzlichen Arbeitskräfte, die Krupp beschäftigte, in eigens errichteten Baracken in sogenannten Notunterkünften untergebracht.

Werkwohnungen blieben lange fester Bestandteil vieler Unternehmen, bis Ende des 20. Jahrhunderts zahlreiche Betriebe in Deutschland ihre Immobilienbestände veräußerten. Dafür waren zwei Gründe ausschlaggebend: Erstens gab es damals so gut wie keinen Wohnungsmangel – die Zahl der jährlichen Baugenehmigungen und Fertigstellungen war doppelt so hoch wie heute – und zweitens hatten die Betriebe kein Problem, Personal zu finden. Das ist heute anders: Qualifizierte Mitarbeiter sind vielfach knapp und bezahlbarer Wohnraum ist insbesondere in den Großstädten und im urbanen Umland schwer zu ergattern.

Kein Wunder also, dass das Mitarbeiterwohnen eine Renaissance erlebt. Die Deutsche Bahn beispielsweise, die in den 1990er Jahren große Teile ihres mehrere Zehntausend Wohnungen umfassenden Bestands veräußerte, bietet ihren Beschäftigten schon länger wieder Unterstützung bei der Unterbringung an, indem sie etwa Belegrechte von Immobilienunternehmen erwirbt oder möblierte Apartments bereitstellt.

Eine IW-Befragung aus dem Jahr 2023 zeigt, dass rund 17 Prozent der heimischen Unternehmen ihre Mitarbeiter bei der Suche nach Wohnraum unterstützen (Grafik Seite 8):

Während mittelständische Unternehmen häufiger indirekte Maßnahmen wie Tauschbörsen oder finanzielle Unterstützung anbieten, offerieren Großunternehmen ihren Beschäftigten öfter direkt Wohnraum.

Insgesamt bieten die Unternehmen in Deutschland ihren Mitarbeitern rund 675.000 Wohnungen sowie etwa 46.000 Wohnheimplätze an, wobei dieser Wohnraum nicht zwingend den Unternehmen gehören muss. Vielmehr sind hier alle Aktivitäten zusammengefasst, die den Beschäftigten einen direkten Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglichen. Diese direkten Unterstützungsmaßnahmen praktizieren häufiger Unternehmen, die in den gesellschaftsnahen Dienstleistungsbranchen tätig sind (9,3 Prozent), im Verarbeitenden Gewerbe ist das Engagement deutlich niedriger (4,4 Prozent). Besonders stark unterstützen Betriebe im Gastgewerbe mit 28,3 Prozent ihre Mitarbeiter direkt; außerdem bieten Unternehmen im Norden ihren Mitarbeitern häufiger Unterstützung an als Unternehmen in anderen Regionen.

Knapp die Hälfte der Betriebe richtet sich mit ihren Angeboten nicht an eine spezielle Zielgruppe, sondern stellt sie allen Mitarbeitern zur Verfügung. Gleichwohl zeigt sich, dass einige Personengruppen häufiger gezielt unterstützt werden (Grafik):

54 Prozent der Unternehmen nennen Fachkräfte aus dem Ausland als die wichtigste Zielgruppe für direkte Wohnungsangebote, gefolgt von Saisonarbeitern (41 Prozent).

Beide Gruppen sind bei der Wohnungssuche eher auf Hilfe angewiesen als andere Mitarbeiter, denn ihnen fehlen in der Regel spezifisches Wissen über lokale Wohnungsmärkte und geeignete Suchstrategien. Zudem benötigen Arbeitskräfte aus dem Ausland zwingend eine neue Wohnung, was für Fachkräfte aus dem Inland nicht immer gilt. So werden Mitarbeiter, die bislang in einer anderen Stadt wohnen, häufiger durch indirekte Maßnahmen wie Tauschportale im Intranet bei der Wohnungssuche unterstützt.

Mitarbeiterwohnen: Die Zielgruppen

So viel Prozent der Unternehmen, die Maßnahmen zum Mitarbeiterwohnen anbieten, tun dies speziell für ...

- Direkte Unterstützung (z. B. Vermietung eigener Bestände, Anmietung fremder Bestände, Ankauf von Belegungsrechten)
- Indirekte Unterstützung (z. B. Tauschbörsen, Beauftragung von Maklern, finanzielle Unterstützung)

... Mitarbeiter aus dem Ausland	54	16
... Saisonarbeiter	41	14
... neue Mitarbeiter	40	30
... Mitarbeiter mit Kindern	35	31
... Auszubildende	26	12
... Führungskräfte	23	12
... Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt	16	7
... Mitarbeiter, die bisher in einer anderen Stadt wohnen	15	23
... Berufseinsteiger	9	9
... (duale) Studenten	8	5
Maßnahmen richten sich an alle Beschäftigten	41	51

Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt: z. B. Alleinerziehende mit vielen Kindern, Inländer mit ausländischem Nachnamen
Befragung von 187 Unternehmen im zweiten Quartal 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten

Michael Voigtländer et al.: Bestandsaufnahme zum Wohnen für Mitarbeitende

Am Staat vorbei

Arbeitsmarkt. Schwarzarbeit verursacht jedes Jahr hohe Schäden für die deutsche Wirtschaft. Zwar geben nur etwa 5 Prozent der Bundesbürger an, im vergangenen Jahr selbst schwarzgearbeitet zu haben – die Dunkelziffer ist jedoch weitaus höher.

Von Rasenmähen für kleines Geld beim Nachbarn über Handwerksarbeiten ohne Rechnung bis hin zum unangemeldeten Vollzeitjob in der Gastronomie – Schwarzarbeit hat viele Gesichter und ist in einigen Branchen weit verbreitet. Den Unternehmen in Deutschland gehen dadurch jedes Jahr schätzungsweise insgesamt 300 Milliarden Euro Umsatz verloren – und dem Staat entgehen hohe Steuereinnahmen.

Das genaue Ausmaß von Schwarzarbeit ist schwierig zu erfassen – doch die IW-Personenbefragung vom Frühjahr 2024 bringt etwas Licht ins Dunkel (Grafik):

Rund 5 Prozent der Menschen in Deutschland bestätigen, dass sie in den vergangenen zwölf Monaten schwarzgearbeitet haben. Der Anteil ist unter Männern deutlich höher als unter Frauen.

Außerdem handelt es sich bei den hochgerechnet mindestens 3,3 Millionen Schwarzarbeitern häufig um junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren. Sie arbeiten doppelt so oft (nebenbei) schwarz wie andere Altersgruppen.

Neben dem direkten Weg hat das IW auch indirekt nach Schwarzarbeit gefragt: Knapp 30 Prozent der Bundesbürger kennen mindestens eine Person, die (teilweise) schwarzarbeitet und mehr als ein Viertel kennt jemanden, der andere schwarz

für sich arbeiten lässt. Aus der gesamten Befragung lässt sich eine Zahl von ungefähr zehn Millionen Schwarzarbeitern in Deutschland ableiten.

Die gesamte Schattenwirtschaft – sie umfasst alle wirtschaftlichen Leistungen, die nicht ins Bruttoinlandsprodukt (BIP) einfließen – geht zu zwei Dritteln auf Schwarzarbeit zurück und lag zwischen 2014 und 2024 im Schnitt bei etwa 10 Prozent des BIP. Das waren rund 4 Prozentpunkte weniger als im Jahrzehnt zuvor. Gründe für den Rückgang sind unter anderem der Abbau von Arbeitslosigkeit sowie der zunehmende Fachkräftebedarf. Ab 2020 war wegen der Pandemie und Lockdowns zudem deutlich weniger Schwarzarbeit möglich.

Im Vergleich mit anderen OECD-Staaten liegt Deutschland im Mittelfeld: Während die USA, die Schweiz und Japan im Verhältnis zum BIP zuletzt eine kleinere Schattenwirtschaft aufwiesen, lag der Anteil in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland zwischen rund 17 und mehr als 21 Prozent und war damit deutlich höher als in der Bundesrepublik.

IW-Kurzbericht 2/2025

Dominik Enste: Schwarzarbeit in Deutschland: Mindestens 3,3 Millionen arbeiten schwarz

Schattenwirtschaft: Wer schwarzarbeitet

So viel Prozent der Bundesbürger aus diesen Gruppen gaben im Frühjahr 2024 an, dass sie im vergangenen Jahr schwarzgearbeitet haben



Repräsentative Befragung von 2.628 Bundesbürgern zwischen 15 und 74 Jahren vom 26. April bis 8. Mai 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Das einbetonierte Elterngeld

Sozialpolitik. Seit der Einführung des Elterngelds im Jahr 2007 haben sich die damals festgelegten Sätze nicht geändert. Durch die fehlende Anpassung an die Inflation ändert sich zusehends der Charakter der Familienhilfe.

Es hat in Deutschland Tradition, dass der Staat Eltern direkt nach der Geburt ihres Kindes unterstützt. So gab es im Jahr 1986 erstmals ein sogenanntes Bundeserziehungsgeld. Gut zwei Jahrzehnte später folgte das Elterngeld, wie wir es heute kennen. Es sollte die Lohnverluste abfedern, die Eltern haben, nachdem ihr Nachwuchs zur Welt gekommen ist. Die Höhe des Elterngelds variierte je nach vorherigem Einkommen zwischen 300 und 1.800 Euro im Monat. Das Problem: Daran hat sich bis heute nichts geändert (Grafik):

Berücksichtigt man die Inflation seit der Einführung des Elterngelds, hätte diese Leistung in Deutschland im Jahr 2023 zwischen monatlich 413 Euro und 2.480 Euro liegen müssen.

Somit haben Elterngeldbezieher im unteren und oberen Einkommensbereich über die Jahre an Kaufkraft verloren, für den Rest käme der Inflationsausgleich kaum zum Tragen. Weil die Politik nie eine Anpassung vorgenommen hat, hat sich außerdem unter den Empfängern einiges verschoben:

Während nur gut 6 Prozent der Eltern von Kindern, die 2011 geboren wurden, Anspruch auf den Höchstsatz des Elterngelds hatten, erreichten zehn Jahre später bereits knapp 17 Prozent das dafür nötige Nettoeinkommen von 2.770 Euro pro Monat. Viele sind folglich aufgrund des fehlenden Inflationsausgleichs in den Bereich gerutscht, in dem das Elterngeld nicht mehr mit dem Einkommen steigt, und haben somit an Kaufkraft verloren.

Einzig die Obergrenze für das Anrecht auf Elterngeld hat die Politik zuletzt angepasst. Für Paare sinkt sie von 300.000 Euro im Jahr schrittweise auf 175.000 Euro für ab April 2025 geborene Kinder. Anders als für die Beitragshöhe ist hier das Bruttoeinkommen der Familie die Grundlage.

Mit beiden Entscheidungen – keine Anpassung an die Inflation und Absenken der Obergrenze – hat die Politik

Elterngeld: Was ein Inflationsausgleich bringen würde



Beispielrechnungen: So würde sich das Elterngeld bei diesen Nettoeinkommen vor Geburt des Kindes verändern, wenn die Inflation im Zeitraum 2007 bis 2023 von insgesamt 37,8 Prozent ausgeglichen würde, in Euro

In diesem Bereich beträgt das Elterngeld im Wesentlichen 65 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens, sodass der Inflationsausgleich kaum oder gar nicht zum Tragen kommt

Nettoeinkommen	Elterngeld	
	Status quo	Mit Inflationsausgleich
0 bis 300	300	413
300 bis 410	300 bis 396	413
420 bis 2.760	403 bis 1.794	420 bis 1.794
2.770 bis 3.820	1.800	1.800 bis 2.480
Ab 3.820	1.800	2.480

Quellen: Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2025 IW Medien / iwd



mehr für die Konsolidierung des Bundeshaushalts getan als für junge Familien. Will sie ernsthaft wieder die ursprünglichen Ziele des Elterngelds verfolgen und für Familien einen Schonraum in der ersten Lebensphase des Kindes schaffen sowie etwas für die Gleichstellung tun, muss sie die Beitragssätze an die Inflation anpassen und auch Paaren mit höheren Einkommen den Zugang zum Elterngeld ermöglichen.

IW-Kurzbericht 96/2024

Wido Geis-Thöne: Ohne Inflationsausgleich ändert das Elterngeld seinen Charakter

Die Zahlen bleiben hoch

Krankenstand. Im Jahr 2023 war jeder Arbeitnehmer in Deutschland im Schnitt 22,4 Tage krankgeschrieben. Der Krankenstand bleibt damit auf hohem Niveau – geht aber gegenüber dem Vorjahr, welches den bisherigen Höchststand markiert, leicht zurück. Steil nach oben zeigen dagegen die Kosten für die Unternehmen: Fast 77 Milliarden Euro mussten Betriebe in Deutschland 2023 für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben, rund ein Drittel mehr als fünf Jahre zuvor. Neben dem langfristig steigenden Krankenstand tragen die höheren Löhne und die wachsende Beschäftigung zu dieser Entwicklung bei.

76,7
Milliarden Euro

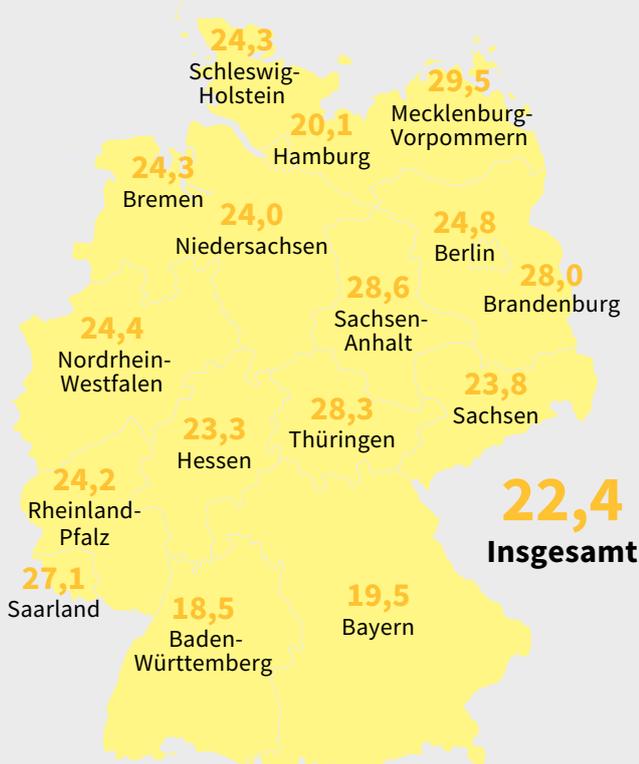


mussten die Unternehmen in Deutschland 2023 schätzungsweise für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben, 2018 waren es rund **18 Milliarden Euro** weniger

Die Region spielt eine Rolle

Sind Hamburger gesünder als Thüringer, genesen Schwaben schneller als Hessen? Die Unterschiede zwischen den Bundesländern liegen wohl weniger am Wohnort, als vielmehr an den regional unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und den damit einhergehenden verschiedenen Tätigkeiten der Beschäftigten.

■ Krankheitstage 2023 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2025 IW Medien / iwd

Große Unterschiede zwischen den Berufsgruppen

Die Zahl der Krankheitstage variiert stark zwischen den verschiedenen Berufen: Legten Beschäftigte in Lehre und Forschung an Hochschulen im Schnitt nur für 8 Kalendertage im Jahr 2023 ein ärztliches Attest vor, waren es in der Altenpflege mit gut 39 Tagen fast fünfmal so viele. Ebenfalls auffällig: Je höher das Anforderungsniveau der beruflichen Tätigkeit, desto geringer der Krankenstand.

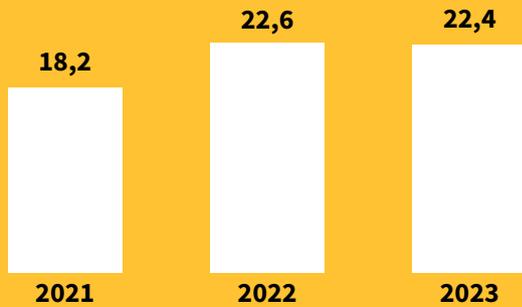
Krankheitstage 2023 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen in den Berufsgruppen mit den meisten bzw. wenigsten Krankheitstagen

Altenpflege	39,1
Textiltechnik und -produktion	37,6
Industrielle Keramikherstellung und -verarbeitung	36,2
Servicekräfte im Personenverkehr	34,5
Bau- und Transportgeräteführung	34,2
...	
Produkt- und Industriedesign	10,2
Softwareentwicklung und Programmierung	10,2
Technische Forschung und Entwicklung	10,0
Geschäftsführung und Vorstand	9,2
Lehr- und Forschungstätigkeit an Hochschulen	8,0

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2025 IW Medien / iwd

Beschäftigte jährlich rund drei Wochen krank

Durchschnittliche Krankheitstage je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2025 IW Medien / iwd

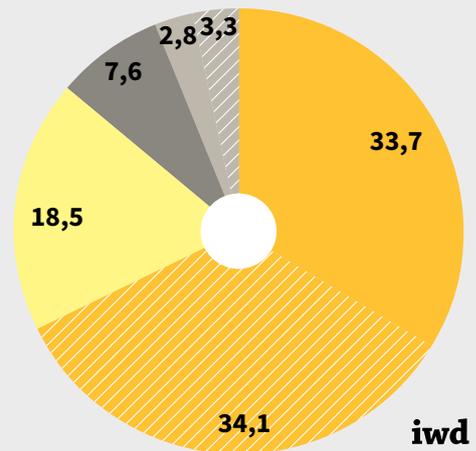


Meist nur kurze Krankheitszeit

Das Gros der Krankschreibungen entfiel 2023 erneut auf kurzzeitige Erkrankungen – fast sieben von zehn Beschäftigten sind nach spätestens einer Woche wieder fit. Im Vergleich zum Vorjahr sind vor allem die Krankmeldungen für einen Zeitraum von einer bis zwei Wochen zurückgegangen. Sie machten 2023 knapp 19 Prozent aller Krankheitsfälle aus, ein Jahr zuvor waren es noch 25 Prozent.

So viel Prozent der Krankheitsfälle 2023 dauerten ...

- ... 1 bis 3 Tage
- ... 4 bis 7 Tage
- ... 1 bis 2 Wochen
- ... 2 bis 4 Wochen
- ... 4 bis 6 Wochen
- ... mehr als 6 Wochen



Kalendertage mit ärztlichem Attest von beschäftigten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2025 IW Medien / iwd

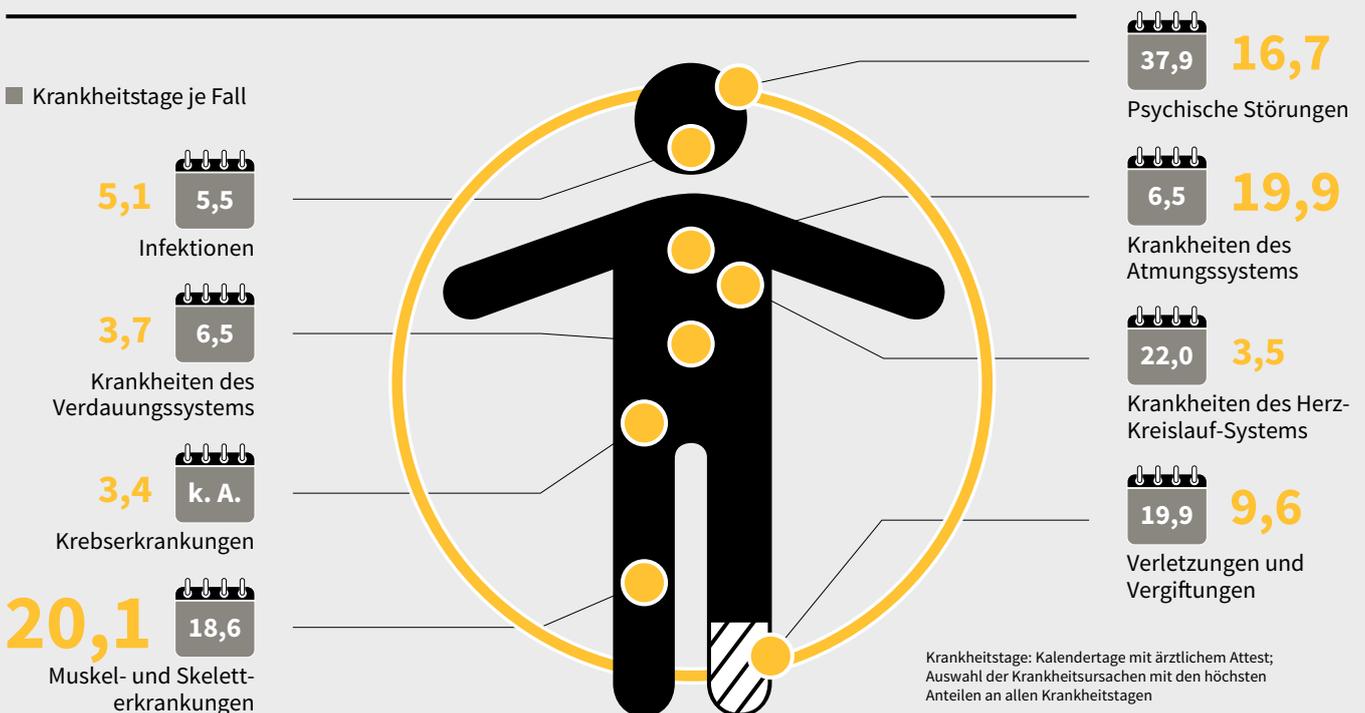


Seelisches Leid besonders langwierig

Rund ein Fünftel aller Krankheitstage ist auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurückzuführen, fast genauso viele verursachen Atemwegsbeschwerden. Während jüngere Beschäftigte häufiger wegen Letzteren krankgeschrieben sind, steigen die Ausfälle aufgrund von Problemen mit Bandscheibe, Ischias und Co. mit zunehmendem Alter.

So viel Prozent der Krankheitstage von beschäftigten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen entfielen 2023 auf ...

■ Krankheitstage je Fall



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest; Auswahl der Krankheitsursachen mit den höchsten Anteilen an allen Krankheitstagen

Quellen: Dachverband der Betriebskrankenkassen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



Kommentar. Die Arbeitnehmer in Deutschland sind häufiger krank als früher. Die Gründe und die Folgen erläutert **Jochen Pimpertz**, Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung im IW.



Foto: IW

„Der hohe Krankenstand geht für die Unternehmen ins Geld“

In den vergangenen Wochen kursierten in den Medien immer wieder Meldungen zu sprunghaft angestiegenen Krankenständen im Jahr 2023. Die Daten des Dachverbands der Betriebskrankenkassen zeichnen ein differenzierteres Bild: Der Krankenstand in Deutschland blieb recht stabil, wenn auch auf hohem Niveau. Zwar ist die Zahl der Krankmeldungen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen, die durchschnittliche Dauer der Krankenschreibung allerdings gesunken: Fast sieben von zehn krankgemeldeten Beschäftigten waren schon nach spätestens einer Woche wieder fit.

Dass die Arbeitnehmer häufiger krank sind als früher, liegt an verschiedenen Faktoren. Mediziner weisen zum Beispiel darauf hin, dass die Bevölkerungsimpunität gegen Atemwegserkrankungen während der Coronapandemie gesunken ist. So führen die jährlich wiederkehren-

den Erkältungswellen seit jeher zu einem Anstieg der Ausfallzeiten in den Herbst- und Wintermonaten, seit 2022 ist die Ausfallquote in dieser Zeit aber deutlich höher.

Der demografische Wandel spielt ebenfalls eine Rolle. In alternden Belegschaften ist beispielsweise damit zu rechnen, dass häufiger Muskel- und Skeletterkrankungen auftreten, die zu längeren Arbeitsausfällen führen. Typischerweise leiden vor allem ältere Beschäftigte an diesen Krankheiten – jüngere Arbeitnehmer sind dagegen häufiger aufgrund von Atemwegserkrankungen krankgeschrieben, die in der Regel schnell wieder auskuriert sind.

Das spiegelt sich in der Zahl der Ausfalltage wider: Während 25- bis 34-jährige Männer im Schnitt jährlich an rund 16 Arbeitstagen ein ärztliches Attest vorlegen, sind die männlichen 60- bis 64-Jährigen durchschnittlich mehr als doppelt so lange

krank. Bei den Frauen ist der Unterschied bei geringfügig mehr Ausfalltagen ähnlich groß.

Fakt ist allerdings auch: Auf längere Sicht ist der Krankenstand merklich gestiegen. Für die Unternehmen ist dies nicht nur aufgrund der fehlenden Arbeitskräfte ein Problem, es geht auch ins Geld. Schließlich bekommen die Beschäftigten in den ersten sechs Krankheitswochen ihr volles Gehalt wie gehabt vom Arbeitgeber. Zusammen mit den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung berappten die Unternehmen so 2023 fast 77 Milliarden Euro für die Entgeltfortzahlung – mehr als doppelt so viel wie noch 2010. Neben dem generell gestiegenen Krankenstand treiben auch die jährlichen Lohnsteigerungen und der – für den Arbeitsmarkt grundsätzlich erfreuliche – Beschäftigungszuwachs im vergangenen Jahrzehnt die Ausgaben in die Höhe.

Von anderen Ländern lernen

Digitalisierung. Im vergangenen Jahr ist die deutsche Wirtschaft digitaler geworden, wie der aktuelle Digitalisierungsindex des IW zeigt. Dennoch bleibt Deutschland im internationalen Vergleich im Hintertreffen. Das IW hat daher herausgearbeitet, was andere Länder bei zentralen Aspekten der Digitalisierung besser machen.

Effizientere Herstellungs- und Verwaltungsprozesse, neue Produkte und bessere Wettbewerbschancen –

die Digitalisierung bietet der Wirtschaft viel Potenzial. Um zu erfassen, wie sich Deutschland in diesem

Bereich entwickelt, erstellt das IW seit 2020 jährlich den Digitalisierungsindex. Nachdem dieser 2022 und 2023 stagnierte, stimmen die jüngsten Ergebnisse etwas hoffnungsvoller (Grafik):

Der für das Jahr 2020 auf 100 normierte Digitalisierungsindex stieg 2024 gegenüber dem Vorjahr um gut fünf auf 113,6 Punkte.

Verbessert haben sich vor allem die unternehmensinternen Kategorien. Besonders stark legt der Bereich Produkte zu, weil jener Teil des Umsatzes, den Unternehmen mit digitalen Produkten erwirtschaften, im Jahr 2024 kräftig gewachsen ist.

Differenzierter verlief die Entwicklung in den unternehmensexternen Kategorien – hier gab es mehrere klar negative Trends:

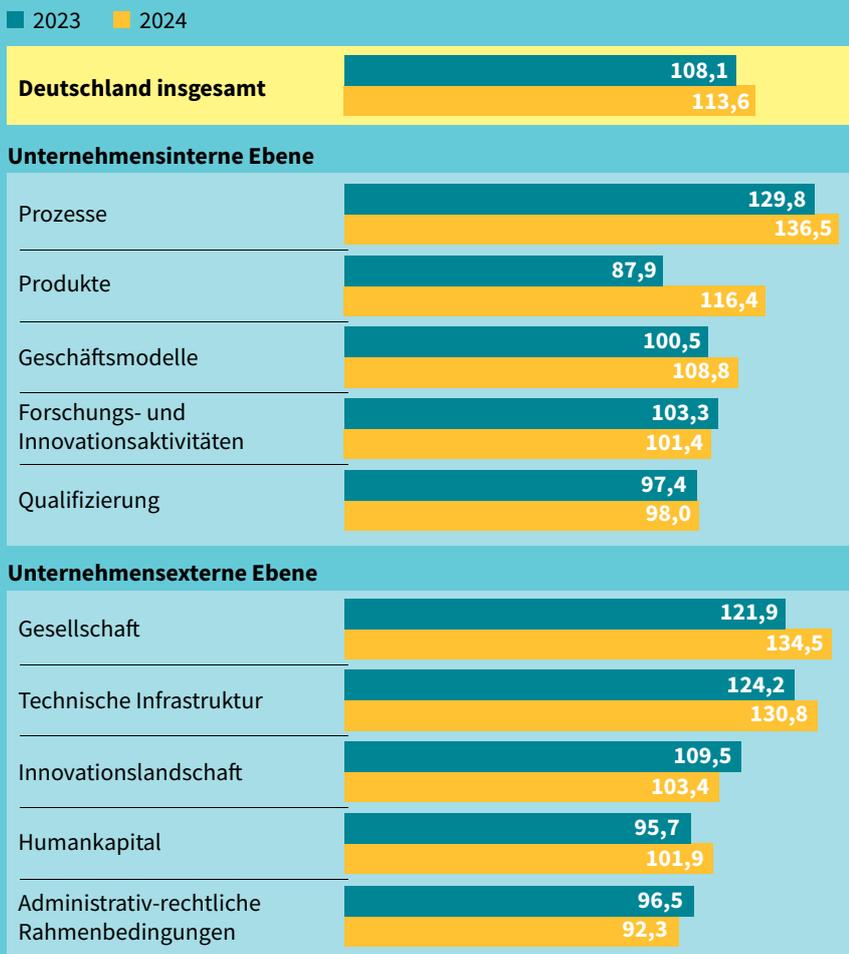
Ein Minus von sechs beziehungsweise vier Indexpunkten ist in der Kategorie Innovationslandschaft sowie bei den administrativ-rechtlichen Rahmenbedingungen zu verzeichnen.

Dies liegt unter anderem daran, dass Unternehmen weniger Forschungs- und Entwicklungskooperationen eingehen und die öffentliche Verwaltung in Sachen Online-Dienstleistungen kaum vorankommt.

Um diese Ergebnisse besser einordnen zu können, liegt ein Vergleich mit der Digitalisierung im

Digitalisierung in Deutschland: Einige Lichtblicke

Digitalisierungsindex für Deutschland nach Kategorien, 2020 = 100



Der Index misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft in den zehn Kategorien anhand von insgesamt 36 Indikatoren; Gesellschaft: z. B. genutztes Datenvolumen; Humankapital: z. B. Fachkräfte in Digitalisierungsberufen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Ausland nahe. Das etablierte Ranking des International Institute for Management Development (IMD) in Lausanne/Schweiz stellt Deutschland kein gutes Zeugnis aus (Grafik):

Im IMD-Ranking zur digitalen Wettbewerbsfähigkeit für das Jahr 2023 belegt Deutschland mit 80,9 Punkten lediglich Platz 23.

Bedenklich ist zudem der Trend: Seit 2019, als es noch für Rang 17 reichte, hat Deutschland nahezu kontinuierlich an Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Bereich verloren.

Zurückzuführen ist das schlechte Abschneiden vor allem auf die Kategorie Technologie. So kommt Deutschland bei der Qualität der Kommunikationstechnologie aus Sicht der Unternehmen lediglich auf Platz 54. Kaum besser sieht es bei den regulatorischen Rahmenbedingungen aus, etwa mit Blick auf Unternehmensgründungen sowie die Zuwanderung von Fachkräften.

Insgesamt hapert es laut IMD hierzulande vor allem bei der digitalen Infrastruktur sowie daran, dass viele Chancen der Digitalisierung ungenutzt bleiben.

So ist beispielsweise die öffentliche Verwaltung zu wenig digitalisiert und Unternehmen schöpfen das Potenzial der Datennutzung – Stichwort Big Data – nicht aus.

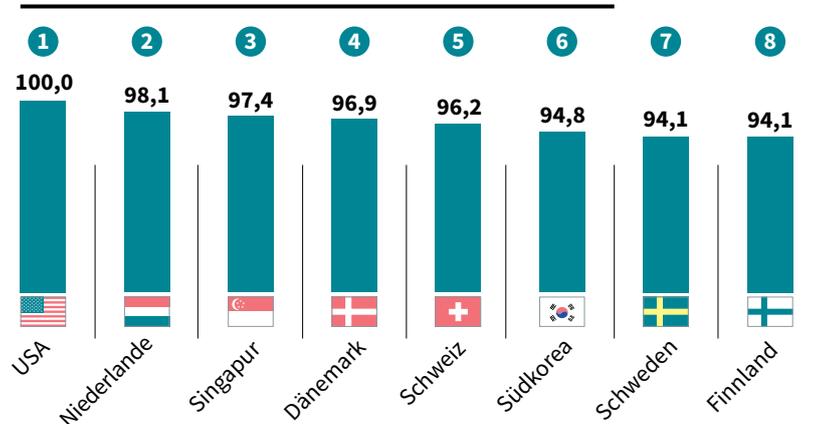
Ansatzpunkte für Verbesserungen gibt es also viele. Doch wie und wo lassen sich am besten spürbare Fortschritte erzielen? Um diese Frage zu beantworten, lohnt ein Blick auf Maßnahmen, die in anderen Ländern erfolgreich waren. Das IW hat diese Best Practices systematisch unter die Lupe genommen und ihre Übertragbarkeit auf Deutschland analysiert. Dies sind die am besten bewerteten Maßnahmen aus vier Bereichen:

• **Digitale Infrastruktur: „The Information Society Development Guidelines 2014–2020“ (Lettland).** Mit den im Jahr 2013 beschlossenen



Deutschland liegt bei der Digitalisierung zurück

Platzierung im Jahr 2023 im Vergleich der digitalen Wettbewerbsfähigkeit von insgesamt 64 Staaten anhand von 54 Kriterien in den Kategorien Wissen, Technologie und Zukunftsfähigkeit, bestplatziertes Land = 100



Kriterien Wissen: z. B. staatliche Ausgaben für Bildung, Verfügbarkeit von Fachkräften mit digitalen Fähigkeiten; Kriterien Technologie: z. B. Investitionen in Telekommunikation, Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen; Kriterien Zukunftsfähigkeit: z. B. Nutzung von Big Data, Einsatz von E-Government
Quellen: International Institute for Management Development, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

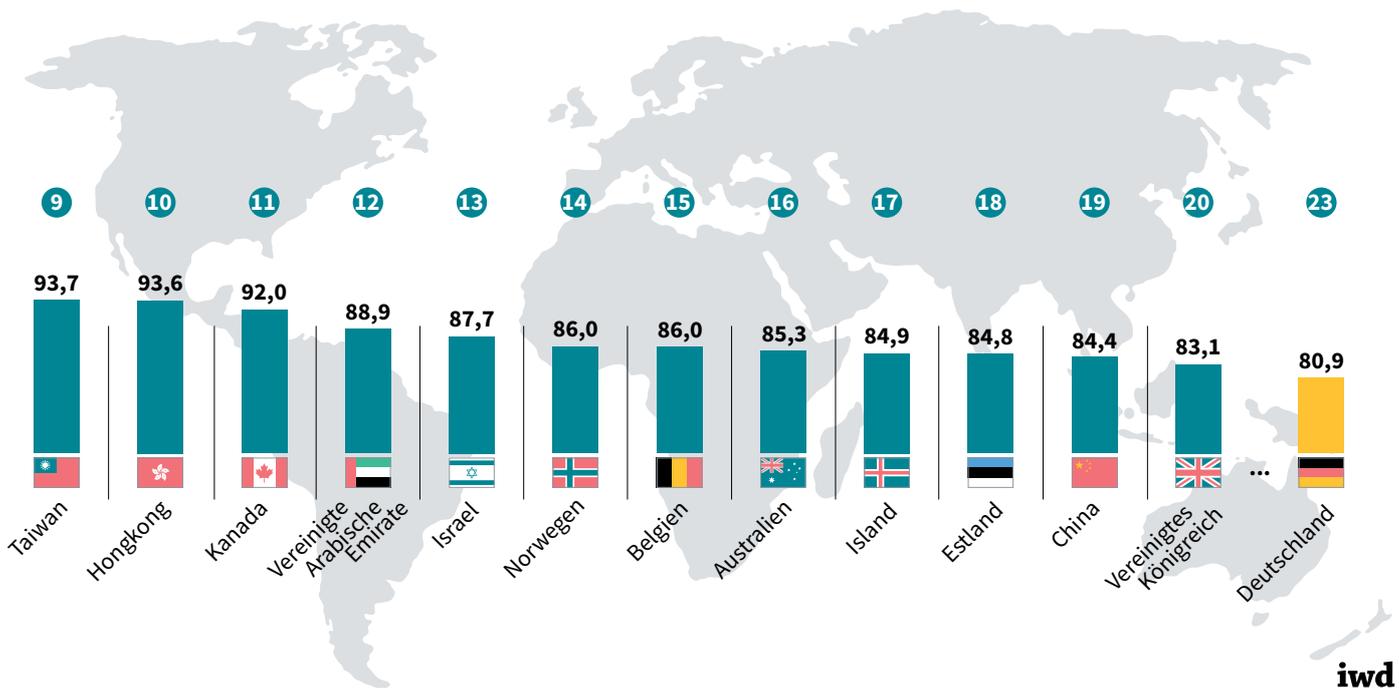
Richtlinien verfolgt Lettland eine ganzheitliche Strategie, die auf die digitale Infrastruktur, die digitale Bildung, den Ausbau des E-Government und den Aufbau einer IKT-Industrie (IKT: Informations- und Kommunikationstechnologie) abzielt und für die die Regierung im Zeitraum von 2014 bis 2020 insgesamt knapp 900 Millionen Euro bereitgestellt hat. Wesentlich ist, dass in der Arbeitsgruppe, die die „Guidelines“ erstellt hat, alle maßgeblichen Interessengruppen wie Ministerien, Wirtschaftskammern und IKT-Unternehmen vertreten waren.

Die digitale Infrastruktur spielt in dem Programm eine zentrale Rolle – schließlich fußt die Digitalisierung auf leistungsfähigen Kommunikationsnetzen. Entsprechend hat Lettland im Rahmen der „Guidelines“ unter anderem die Netze im ländlichen Raum auf den neuesten Stand gebracht. Ein Fokus lag darauf, Breitbandverbindungen auf der sogenannten letzten Meile einzurichten – also wirklich alle Haushalte anzuschließen. Mit Erfolg: Lettland landete in EU-Vergleichen zur Netzwerkinfrastruktur in den vergan-

genen Jahren stets auf einem der vorderen Plätze.

Grundsätzlich lässt sich der ganzheitliche Ansatz der „Guidelines“ gut auf Deutschland übertragen. Allerdings konnte Lettland stark auf Fördermittel der EU zurückgreifen – die Bundesregierung müsste die Mittel zu einem viel größeren Teil selbst aufbringen. Außerdem ist Deutschland föderal organisiert, was die Durchführung einer bundesweiten Digitalisierungsstrategie komplexer macht.

• **Digitale Bildung: „Skills to Advance“ (Irland).** Dieses von der EU als vorbildlich bewertete Programm bietet Qualifizierungs- und Umschulungskurse mit dem Schwerpunkt auf digitaler Bildung. Dabei sprechen zum einen die 16 zuständigen regionalen Bildungseinrichtungen gezielt Arbeitnehmer an, die entsprechenden Weiterbildungsbedarf haben. Das sind beispielsweise Geringqualifizierte und über 50-jährige Beschäftigte, die zur Ausübung ihrer Tätigkeiten (zusätzliche) digitale Kenntnisse benötigen. Die angebotenen Kurse finden teils online, teils in Präsenz statt und sind



iwd

zeitlich flexibel organisiert, sodass eine Teilnahme außerhalb der Arbeitszeit möglich ist.

Zum anderen unterstützt „Skills to Advance“ Unternehmen, deren eigene Kapazitäten zu gering sind, um in ausreichendem Maße Qualifizierungen durchzuführen. Das Programm bietet den Firmen Beratung und Schulungen an, dabei trägt der irische Staat je nach Unternehmensgröße bis zu 70 Prozent der Kosten. Insgesamt gab Irland für das Programm beispielsweise im Haushaltsjahr 2020 bei 3.000 Teilnehmern 6,3 Millionen Euro aus.

Deutschland könnte dieses Konzept übernehmen, da die EU das Programm anerkannt hat und die erforderlichen Träger hierzulande vorhanden sind – infrage kämen etwa die Berufs- oder die Volkshochschulen.

• **E-Government: „FranceConnect“ (Frankreich).** Das im Jahr 2014 beschlossene Projekt ermöglicht es den Bürgern Frankreichs, mit nur einer Registrierung bei der Post, anderen staatlichen Einrichtungen oder auch Banken auf eine Vielzahl öffentlicher Dienstleistungen zuzu-

greifen. Inzwischen lassen sich über „FranceConnect“ mehr als 1.400 Verwaltungsvorgänge öffentlicher Dienste online abwickeln – beispielsweise im Bereich Steuern, Sozialversicherung oder Bildung. Gut 43 Millionen Menschen in Frankreich nutzen mittlerweile die Vorteile dieser Plattform.

Deutschland könnte sich diese zum Vorbild nehmen, statt weiterhin auf „BundID“ als staatliche Insellösung zu setzen – dort waren im Juli 2024 lediglich 4,1 Millionen Bundesbürger angemeldet.

• **IKT-Industrie und Anwendungsförderung: „Regulatory Sandbox“ (Vereinigtes Königreich).** Mit einem sogenannten Reallabor – der „Regulatory Sandbox“ – ermöglicht es die britische Regierung seit 2016 Start-ups im Finanzsektor, ihre oftmals digitalen Geschäftsmodelle unter Aufsicht der UK Financial Conduct Authority (FCA) mit einem begrenzten Kundenkreis zu testen. Dabei kann das Unternehmen von Teilen der umfangreichen Regulierung in diesem Sektor befreit werden, wenn diese der Umsetzung des Geschäftsmodells entgegensteht. Im Reallabor

erfolgreiche Start-ups waren bereits Anlass für die FCA, die regulatorischen Anforderungen für digitale Finanzdienstleistungen insgesamt zu flexibilisieren.

Studien belegen den Erfolg der „Regulatory Sandbox“. Von den 24 Firmen, die die FCA als Erste für das Reallabor zuließ, waren drei Viertel auch zwei Jahre später noch am Markt aktiv. Einige EU-Länder wie etwa Österreich haben das Konzept übernommen – mit der Finanzmarktgesetzgebung der EU ist es demnach grundsätzlich vereinbar. Deshalb könnte die „Regulatory Sandbox“ auch für Deutschland ein Weg sein, digitale Unternehmensideen in stark regulierten Bereichen wie dem Finanzsektor zu fördern.

Gutachten

Jan Büchel, Marc Scheufen, Barbara Engels: Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland – Digitalisierungsindex 2024, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Gutachten

Christian Rusche et al.: Best-Practice-Beispiele aus dem Ausland zur Beschleunigung der Digitalisierung deutscher Unternehmen, Gutachten im Auftrag der KfW Bankengruppe

Meist weniger Netto

Steuern und Abgaben. Auch in diesem Jahr müssen viele Steuerpflichtige in Deutschland mehr an den Staat abgeben als vor dem Jahreswechsel. Um die Lasten des stetig steigenden CO₂-Preises sozialverträglich abzufedern, sollte die künftige Bundesregierung ein Klimageld einführen.

Die gute Nachricht kam kurz vor Weihnachten: Bundestag und Bundesrat haben sich am 19./20. Dezember 2024 – wie von der geplatzten Ampelkoalition geplant – darauf verständigt, die kalte Progression in den Jahren 2025 und 2026 auszugleichen. Damit wird für Beschäftigte bei einer Lohnerhöhung, die lediglich die Inflation ausgleicht, kein höherer durchschnittlicher Steuersatz fällig.

Trotzdem dürfte der Blick auf den Lohnzettel im Jahr 2025 bei vielen

für Ernüchterung sorgen, da Plus und Minus sich die Waage halten: Die steuerlichen Entlastungen werden durch höhere Sozialbeiträge kompensiert. Hinzu kommen Mehrausgaben beim Tanken und Heizen aufgrund des steigenden CO₂-Preises. So kommt an zusätzlichen Belastungen einiges auf die privaten Haushalte zu:

- Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung steigen im laufenden Jahr um 6,44 Prozent. Wer

mehr als 62.100 Euro brutto im Jahr verdient, spürt den höheren Grenzwert für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung von 66.150 Euro. Und wer ein Bruttojahreseinkommen von mehr als 90.600 Euro hat, ist zudem von der Erhöhung des Grenzwerts für die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung auf 96.600 Euro betroffen.

- Die Beitragssätze in der gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung steigen, was die Summe aller

Steuern und Abgaben: Das ändert sich 2025 für Familien

Änderungen bei Steuern, Sozialbeiträgen und Abgaben für eine Familie mit zwei Kindern, einer Gasheizung und einem Pkw mit Verbrennungsmotor im Jahr 2025; Entlastung und Belastung (-) in Euro

Bruttojahreseinkommen der beiden Partner	42.000/0	42.000/24.000	60.000/30.000	90.000/40.000
Sozialbeiträge	-210	-330	-450	-920
Einkommensteuer/Solidaritätszuschlag	46	86	132	300
Ausgleich kalte Progression	184	262	350	384
Erhöhung CO ₂ -Preis	-89	-98	-102	-111
Kindergelderhöhung	120	120	120	120
Gesamteffekt	51	40	50	-227

Sozialbeiträge: gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung;
Einkommensteuer: inklusive Kindergeld und Solidaritätszuschlag (sofern relevant)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Steuern und Abgaben: Das ändert sich 2025 für Singles

Änderungen bei Steuern, Sozialbeiträgen und Abgaben für einen Single mit einer Gasheizung und einem Pkw mit Verbrennungsmotor im Jahr 2025; Entlastung und Belastung (-) in Euro

Bruttojahreseinkommen	30.000	50.000	70.000	100.000
Sozialbeiträge	-150	-250	-754	-1.390
Einkommensteuer/Solidaritätszuschlag	38	78	278	595
Ausgleich kalte Progression	120	195	305	694
Erhöhung CO ₂ -Preis	-55	-61	-65	-68
Gesamteffekt	-47	-38	-236	-169

Sozialbeiträge: gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung; Einkommensteuer: inklusive Solidaritätszuschlag (sofern relevant)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Sozialversicherungsbeiträge von 41 auf 42 Prozent erhöht. Dieser zusätzliche Prozentpunkt generiert Einnahmen von rund 19 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Zu zahlen haben ihn jeweils zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

- Zum 1. Januar 2025 ist der CO₂-Preis pro Tonne um weitere 10 Euro gestiegen – er beträgt jetzt 55 Euro pro Tonne. Für die meisten Privathaushalte wird Tanken und Heizen also teurer. Außerdem wirkt sich der höhere CO₂-Preis auch indirekt auf den Strompreis aus, denn auf Strom aus fossilen Quellen wird die Abgabe ebenfalls fällig.

Auf der Entlastungsseite verändert sich der Einkommensteuertarif und das Kindergeld steigt:

- Der Grundfreibetrag – also der Betrag des Einkommens, für den innerhalb eines Jahres keine Steuer fällig wird – erhöht sich um 312 Euro auf 12.096 Euro.
- Die Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs werden um 2,6 Prozent erhöht, sodass sich der Tarif verschiebt und jeder Steuersatz erst etwas später greift.
- Das Kindergeld steigt im Jahr 2025 um 60 Euro je Kind auf 3.060 Euro,

der Kinderfreibetrag beträgt nun 9.600 Euro.

Insgesamt werden die Einkommensteuerzahler im Jahr 2025 so um 7 Milliarden Euro entlastet. Unterm Strich fallen die Entlastungen allerdings niedriger aus als die zusätzlichen Belastungen.

Vor allem für Singles bleibt nach Steuern und Abgaben – bei gleichem Einkommen wie im Vorjahr – in diesem Jahr weniger übrig (Grafik):

Ein Alleinstehender mit einem Bruttojahreseinkommen von 30.000 Euro hat im Jahr 2025 netto 47 Euro weniger zur Verfügung als im Vorjahr.

Bei einem Bruttojahreslohn von 50.000 Euro fällt das Minus mit 38 Euro etwas geringer aus, weil der Ausgleich der kalten Progression stärker ins Gewicht fällt.

Bei Haushalten mit Kindern kann die Bilanz freundlicher aussehen (Grafik Seite 18):

Eine Familie mit zwei Kindern und geringem bis durchschnittlichem Bruttojahreseinkommen ist im Jahr 2025 geringfügig besser gestellt als 2024.

Dagegen haben Alleinerziehende mit einem Kind im Jahr 2025 weniger

in der Tasche als im Vorjahr, wenn gleich die Belastung bei niedrigem und mittlerem Einkommen nur gering ausfällt. In den höheren Einkommensbereichen führen die höheren Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung jedoch zu einem deutlichen Minus beim Nettoeinkommen – das gilt nicht nur für Alleinerziehende, sondern für alle Haushalte.

Um die steigenden Belastungen sozialverträglich besser abfedern zu können, sollte sich die neue Bundesregierung um die Einführung des Klimagelds kümmern. Dies hatte das Ampelbündnis zwar im Koalitionsvertrag vereinbart, jedoch nicht umgesetzt. Eine solche Kompensation des steigenden CO₂-Preises wäre vor allem für Privathaushalte mit geringen Einkommen wichtig, da sie diese Kosten stärker im Portemonnaie spüren als besser verdienende Steuerzahler.

IW-Kurzbericht 94/2024

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Steuern und Abgaben – Mehrbelastung für viele im neuen Jahr

Gefährliche Lücke

Verteidigungsausgaben. Deutschland hat sich verpflichtet, mindestens 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung auszugeben. Betrachtet man die Haushaltspläne realistisch, wird dieses Ziel schon bald wieder verfehlt. Die Finanzierungslücke könnte sogar auf einen dreistelligen Milliardenbetrag anwachsen, sollte die NATO mit Blick auf die Sicherheitslage in Europa das Ausgabenziel weiter erhöhen.

Wie auch immer die Bundesregierung nach den Neuwahlen im Februar 2025 aussehen wird – die Herausforderungen werden größtenteils dieselben sein wie für die zerbrochene Ampelkoalition. Ein Thema, um das sich die Politik nicht herumdrücken kann, ist die Finanzierung der verteidigungspolitischen Aufgaben.

Lange Zeit verfehlt die Bundespolitik das im Jahr 2014 von allen

NATO-Partnern akzeptierte Ziel, die Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Eine spürbar höhere Priorität bekam die Verteidigungspolitik hierzulande erst nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, als die Regierung ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro schuf. Damit gelang es 2024 erstmals, die Marke

von Ausgaben in Höhe von 2 Prozent des BIP zu erreichen. Ein Vorbild innerhalb der NATO ist die Bundesrepublik damit allerdings nicht (Grafik Seite 21):

Mit schätzungsweise 2,1 Prozent des BIP lagen die Verteidigungsausgaben im Jahr 2024 in Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt aller NATO-Staaten von gut 2,7 Prozent.

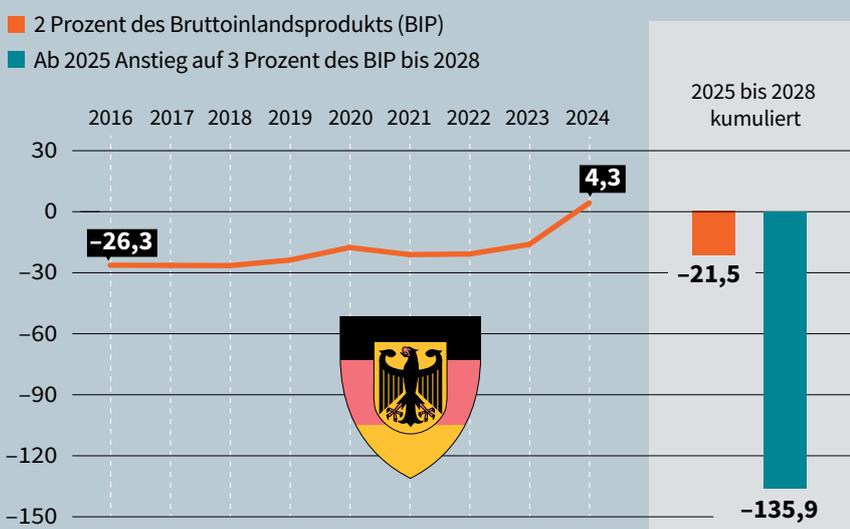
Die USA als größtes NATO-Land gaben sogar fast 3,4 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigungszwecke aus.

Der Blick auf die bislang vorliegenden Haushaltspläne lässt zudem Zweifel daran aufkommen, ob die Bundesregierung ihren finanziellen Verpflichtungen in Sachen Verteidigung dauerhaft nachkommen wird (siehe iwd 17/2024). Denn die bisherige mittelfristige Finanzplanung sieht für die kommende Legislaturperiode keinerlei Anstieg des Einzeletats des Verteidigungsministeriums vor. Das 2-Prozent-Ziel lässt sich damit in den kommenden Jahren nur durch das Sondervermögen der Bundeswehr erreichen – dieses wird allerdings vermutlich 2027 aufgebraucht sein.

Es liegen zwar Pläne auf dem Tisch, den Verteidigungshaushalt dann von gut 53 auf 80 Milliarden

Verteidigung: Große Finanzierungslücke droht

So viele Milliarden Euro fehl(t)en im Bundeshaushalt, um Verteidigungsausgaben in dieser Höhe zu finanzieren

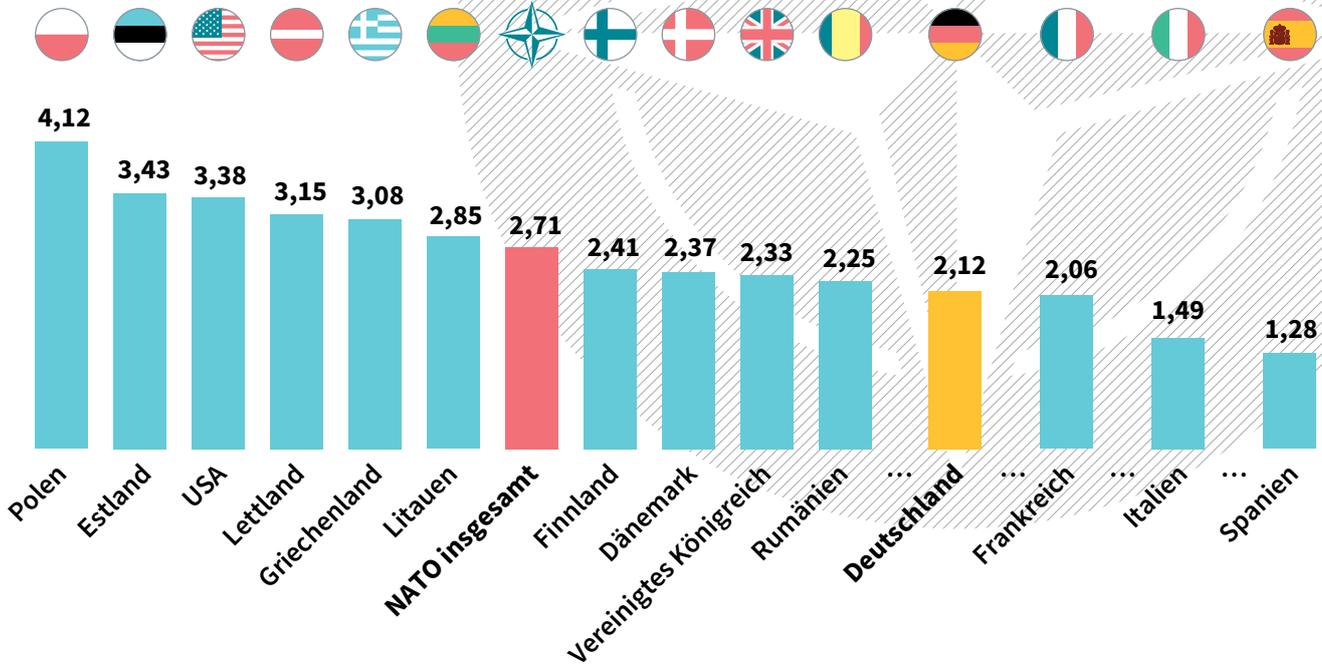


Positive Werte: Finanzierungsüberschuss
Ab 2025: Schätzung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Verteidigungsausgaben: Deutschland unter dem NATO-Schnitt

So viel Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts gaben diese NATO-Staaten im Jahr 2024 schätzungsweise für Verteidigungszwecke aus



Länderauswahl aus insgesamt 32 NATO-Mitgliedsstaaten

Quelle: NATO
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Euro aufzustocken. Das soll jedoch durch eine entsprechende Kürzung des Einzelpostens „Allgemeine Finanzverwaltung“ gegenfinanziert werden – ein nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegtes und damit wenig glaubwürdiges Vorhaben.

Ohne eine tragfähige Finanzierungsstrategie wird die künftige Bundesregierung die verteidigungspolitischen Ziele schon bald wieder verfehlen, wie das IW berechnet hat (Grafik Seite 20):

Bleibt es beim Ziel, fortlaufend 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben, beläuft sich die zu erwartende Finanzierungslücke für den Zeitraum 2025 bis 2028 auf insgesamt 21,5 Milliarden Euro.

Viele Experten sind angesichts der seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs veränderten Sicherheitslage in

Europa allerdings der Meinung, es müssten eher 3 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung fließen. Dann würde sich für Deutschland die Kluft zwischen der vorliegenden Finanzplanung und den zur Zielerreichung notwendigen Mitteln bis 2028 kumuliert auf fast 136 Milliarden Euro vergrößern.

Hinzu kommt: Das Finanzierungsziel von 2 oder 3 Prozent ist das eine, der tatsächliche Bedarf das andere. Bis jetzt fehlt in Deutschland eine Gesamtbilanz darüber, welche Finanzmittel Bund, Länder und Kommunen benötigen, um die militärische Infrastruktur sowie die Truppen selbst für die Eventualität eines russischen Angriffs auf die NATO-Staaten zu ertüchtigen. Hier muss die künftige Bundesregierung dringend aktiv werden.

Denn klar ist, dass Deutschland – wie andere NATO-Länder auch – künftig einen überzeugenden finanziellen Beitrag zur Verteidigungsstrategie des transatlantischen Bündnisses leisten muss. Das wäre nicht nur ein notwendiges Signal an Donald Trump, der den Willen der Bündnispartner wiederholt angezweifelt hat. Es ist auch nötig, um die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie zu untermauern. Nur so lässt sich die äußere Sicherheit Europas als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand dauerhaft gewährleisten.

IW-Kurzbericht 91/2024

Hubertus Bardt, Michael Hüther: Verteidigungsfähigkeit erfordert Priorität im Bundeshaushalt und föderale Gesamtbilanz

Gefühle versus Daten

Einkommensverteilung. Zwar ging durch die Krisen der vergangenen Jahre und die hohe Inflation Wohlstand in Deutschland verloren, das Einkommensgefüge und Armutsrisiko hat sich jedoch kaum verändert. Gleichwohl schätzen viele Bürger das Ausmaß von Armut falsch ein. Dies gilt vor allem für Anhänger von AfD und BSW.

Pandemie, Energiekrise, Inflation: In den vergangenen Jahren mussten die Menschen in Deutschland diverse Krisen meistern. Auch wenn die Politik versucht hat, die größten negativen Auswirkungen abzufedern – so zahlte der Staat während der Coronapandemie etwa 71 Milliarden Euro an Hilfen zur Existenzsicherung aus –, ging doch Wohlstand verloren:

Die Reallöhne in Deutschland erreichten erst 2023 wieder das Niveau von 2015.

Entsprechend gaben in einer IW-Befragung im Jahr 2024 mehr Menschen in Deutschland an, schlechter mit ihrem Einkommen zurechtzukommen, als noch einige Jahre zuvor.

Die Armutsgefährdungsquote – auch Niedrigeinkommensquote genannt – ist trotz Unsicherheiten in den Befragungsdaten seit der Coronapandemie weitestgehend stabil geblieben und zuletzt sogar leicht auf 16,6 Prozent gesunken. Als niedriges Einkommen galt im Jahr 2023 ein Nettoeinkommen von maximal 1.247 Euro im Monat für eine Einzelperson.

Statistisch gesehen sind bestimmte Gruppen stärker armutsgefährdet als andere (Grafik Seite 23):

Jeder zweite Erwerbslose war in Deutschland im Jahr 2023 von Armut bedroht.

Schwierig ist die finanzielle Lage auch für viele Alleinerziehende – vier von zehn sind einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Außerdem haben Menschen mit Migrationshintergrund, Paare mit drei oder mehr

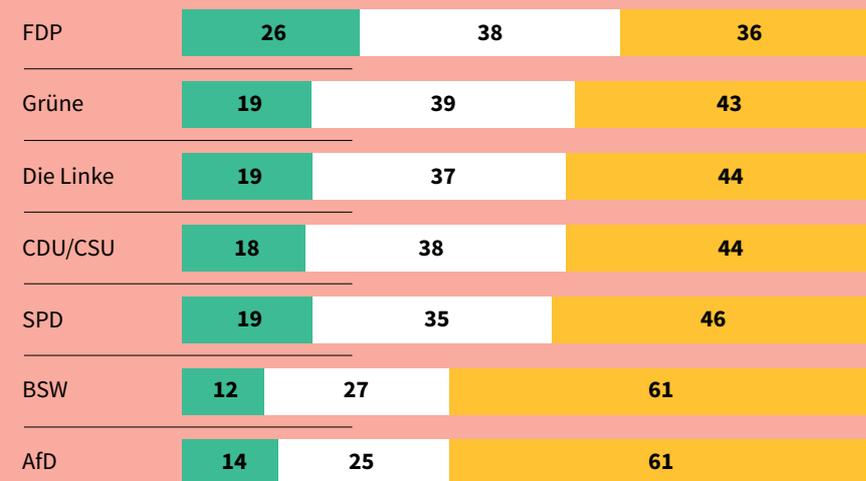
Kindern sowie Personen mit einem niedrigen Bildungsstand ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko.

Soweit die Daten. Doch schätzen auch die Menschen im Land das Armutsrisiko verschiedener Gruppen

Armutsgefahr für Ältere oft falsch eingeschätzt

So viel Prozent der Menschen mit dieser Parteipräferenz schätzen das Armutsrisiko von Rentnern als so hoch ein

■ 5 oder 10 Prozent ■ 17 oder 20 Prozent ■ 33 oder 50 Prozent



Zum Vergleich: Tatsächliches Armutsrisiko 18,7 Prozent

Einkommensarmutsrisiko: weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung
Nettoäquivalenzeinkommen: Pro-Kopf-Einkommen, das Ersparnisse durch gemeinsames Wirtschaften und die im Vergleich zu Erwachsenen niedrigeren Bedarfe von Kindern berücksichtigt
Befragung von 2.677 Personen im April und Mai 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

richtig ein? Das Institut der deutschen Wirtschaft ist dieser Frage in einer Studie nachgegangen. Dazu baten die IW-Forscher im April und Mai 2024 knapp 2.700 Personen um ihre Meinung zum allgemeinen Armutsrisiko und speziell zu jenem von Kindern und Rentnern. Die beiden letztgenannten Gruppen haben statistisch ein leicht überdurchschnittliches Armutsrisiko von knapp 21 beziehungsweise etwas weniger als 19 Prozent. Dabei zeigt sich (Grafik Seite 22):

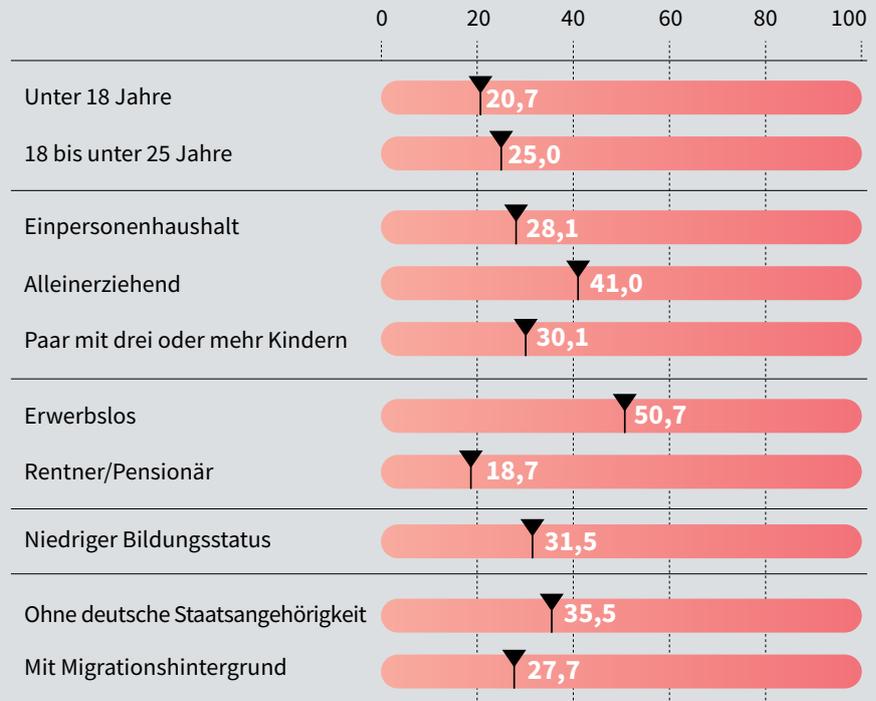
Die Bundesbürger überschätzen das Armutsrisiko von Rentnern sehr stark.

Besonders eklatant weichen die Einschätzungen von AfD- und BSW-Anhängern von der Wirklichkeit ab. So sehen 61 Prozent beider Gruppen das Armutsrisiko von Rentnern bei 33 oder sogar 50 Prozent. Die Anhänger der anderen fünf zuletzt im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien schätzen das Armutsrisiko der Rentner deutlich geringer ein, am niedrigsten die Anhänger der FDP.

Ein ähnliches Bild gibt es bei der Frage nach dem Armutsrisiko von Kindern, wenn auch in geringerem Ausmaß. Viele Anhänger von AfD und BSW überhöhen erneut die Gefahr – in beiden Gruppen glaubt mehr als jeder Dritte, dass 33 oder 50 Prozent der Kinder armutsgefährdet seien. Unter den Anhängern der FDP und CDU/CSU unterschätzt dagegen mehr als ein Drittel das Armutsrisiko von Kindern deutlich: 36 Prozent der Anhänger der FDP und 34 Prozent der Unions-Anhänger vermuten, dass

Armutsrisiko: Die gefährdeten Gruppen

So viel Prozent der Personen in Deutschland mit diesem Merkmal hatten im Jahr 2023 ein hohes Einkommensarmutsrisiko



Einkommensarmutsrisiko: weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung
 Nettoäquivalenzeinkommen: Pro-Kopf-Einkommen, das Ersparnisse durch gemeinsames Wirtschaften und die im Vergleich zu Erwachsenen niedrigeren Bedarfe von Kindern berücksichtigt
 Quelle: Statistisches Bundesamt
 © 2025 IW Medien / iwd



nur 5 oder 10 Prozent der Kinder von Armut bedroht seien.

Unter den AfD-Anhängern offenbart die IW-Befragung außerdem einen Widerspruch. Obwohl AfD-Sympathisanten eine große Ungleichheit und hohe Armutsrisiken sehen, sind sie mehrheitlich der Meinung, die Umverteilung sollte in

Deutschland eher verringert werden. Sie sehen die derzeitige Umverteilungspolitik sogar kritischer, als es die Anhänger der FDP tun.

IW-Report 49/2024

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen:
 Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
 E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post





50 Jahre iwd

Überzeugen statt überreden

„Die deutsche Wirtschaft geht mit vielen und zum Teil schweren Sorgen belastet in das Jahr 1975 hinein.“ Das, was der damalige Vorstandsvorsitzende des IW, Rolf Rodenstock, in seinem Kommentar zur Erstausgabe des Informationsdienstes iwd vor exakt einem halben Jahrhundert schrieb, beschreibt auch die aktuelle Verfassung der hiesigen Unternehmen recht gut (siehe Seiten 2–3).

Doch nicht nur der Tenor des ersten iwd vom 9. Januar 1975 lässt

sich auf die heutige Zeit übertragen, auch die Inhalte sind bis auf Nuancen aktuell: Die Energiekosten bestimmen nach wie vor das globale Wirtschaftsgeschehen, nur sind mittlerweile nicht nur der Ölpreis, sondern auch die Kosten für Gas und erneuerbaren Strom relevant. Das Thema Tarifverhandlungen und die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale diskutieren Ökonomen heute genauso leidenschaftlich wie vor 50 Jahren. Und während man sich

1975 lediglich Gedanken um den Fernsehkonsum von Kindern machte, ist es nun die Bildschirmzeit insgesamt, die Eltern, Pädagogen und Bildungsforscher beunruhigt.

„Wir wollen nicht überreden, sondern überzeugen“, notierte Burghard Freudenfeld 1975 in seinem Editorial. Auch diesem Anspruch des damaligen Direktors des Instituts der deutschen Wirtschaft versucht die iwd-Redaktion nach wie vor gerecht zu werden.

Die Alternativen '75

10 Prozent Tariflohnerhöhung — das bedeutet beschleunigter Preisanstieg und hohe Arbeitslosigkeit

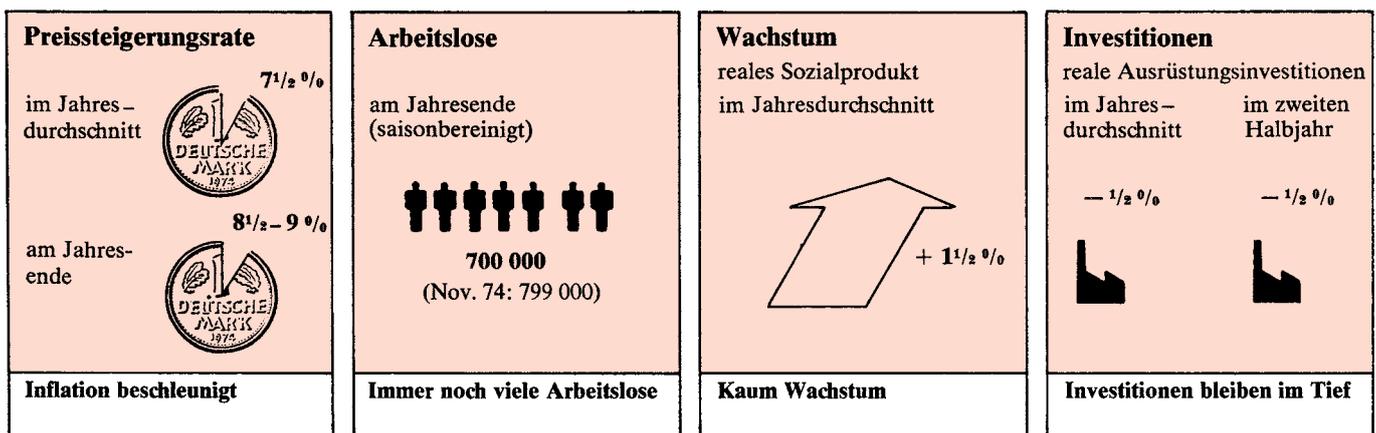


Abbildung aus iwd 1/1975 zur damals anstehenden Tarifrunde